

„Die Industrie tritt auf der Stelle“. So fasst *Jupp Zenzen*, Konjunktexperte des Deutschen Industrie- und Handelskammertages (DIHK), gemäß der PM des DIHK vom 7.9.2022 angesichts der jüngsten Produktionszahlen die Lage des Wirtschaftszweigs zusammen. Wie das Statistische Bundesamt jetzt gemeldet habe, sei die Produktion im Produzierenden Gewerbe im Juli 2022 gegenüber dem Vormonat Juni preis-, saison- und kalenderbereinigt um voraussichtlich 0,3% gesunken. Im Vergleich zu Juli 2021 habe der Rückgang nach vorläufigen Zahlen 1,1% betragen. Dabei habe die Industrieproduktion (ohne Energie und Baugewerbe) binnen Monatsfrist um 1,0% nachgegeben – in den energieintensiven Industriezweigen sogar um 1,9%. Das Minus bei den Konsumgütern bezifferten die Statistiker auf 2,4%, bei den Investitionsgütern auf 0,8% und bei den Vorleistungsgütern auf 0,6%. Außerhalb der Industrie habe die Energieerzeugung im Juli 2022 um 2,8% und die Bauproduktion um 1,4% höher als im Vormonat gelegen. „Lieferkettenstörungen, aber auch Fachkräfteengpässe hindern die Betriebe daran, ihre Aufträge zügig abzuarbeiten“, so *Zenzen*. Außerdem belasteten die seit dem russischen Krieg in der Ukraine dramatisch gestiegenen Energiepreise die Betriebe. „Gerade in energieintensiven Industrien kommt es teilweise zu Stilllegungen oder Einschränkungen von einzelnen Geschäftsfeldern, weil sich die Produktion betriebswirtschaftlich nicht rechnet.“ – Der Präsident des Bundesverbands der Deutschen Industrie (BDI), *Siegfried Russwurm*, fordert anlässlich einer BDI-Blitzumfrage zum Lagebild im industriellen Mittelstand, dass die Politik angesichts der extrem steigenden Energiepreise aktiv werden müsse, um Insolvenzen und weitere wirtschaftliche und soziale Verwerfungen zu verhindern (PM BDI vom 7.9.2022). Die Bundesregierung müsse für eine schnelle Rückkehr von Kraftwerken sorgen und solle zur Abfederung der Preissteigerungen die Stromnetzentgelte kofinanzieren. Auch die Verlängerung des Spitzenausgleichs für die energieintensiven Unternehmen müsse schleunigst umgesetzt werden. Die Reduktion der Mehrwertsteuer auf den Gasverbrauch gehe an den mit ausufernden Energiekosten kämpfenden Unternehmen vorbei. Die Bundesregierung müsse bei den Entlastungen die Unternehmen stärker berücksichtigen und auch für eine schnelle Abstimmung der Maßnahmen auf dem Strommarkt mit den europäischen Partnern sorgen.



Gabriele Bourgon,
Ressortleiterin
Bilanzrecht und
Betriebswirtschaft

Wirtschaftsprüfung

IAASB: Häufige gestellte Fragen zum Grundsatz der Unternehmensfortführung

-tb- Der International Auditing and Assurance Standards Board (IAASB) hat eine nicht verbindliche Hilfestellung zur Erstellung des Prüfungsberichts veröffentlicht. Darin werden häufig gestellte Fragen zur Behandlung des Grundsatzes der Unternehmensfortführung im Abschnitt der wichtigen Prüfungssachverhalte beantwortet. Die PM ist unter <https://www.iaasb.org> abrufbar.

IFAC: Aktionsplan zur Korruptionsbekämpfung

Die International Federation of Accountants (IFAC) hat einen unter www.idw.de abrufbaren Aktionsplan zur Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität veröffentlicht. Das Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) als IFAC-Mitglied unterstützt diese Bemühungen. Der Aktionsplan hebt die wichtige Rolle hervor, die rechnungslegende und wirtschaftsprüfende Berufe in einem großen System der Korruptionsbekämpfung (neben u. a. politischen Entscheidungsträgern, Regulierungsbehörden und Unternehmen) spielen, und er verfolgt zwei Hauptziele:

- zu zeigen, was der Rechnungslegungsverantwortliche in den Unternehmen sowie Wirtschaftsprüfer bereits im Bereich der Bekämpfung von Korruption und Wirtschaftskriminalität unternehmen,
- einen Ausgangspunkt für die genannten Berufe bereitzustellen, von dem aus sie ihre Rolle ausbauen und ihre positiven Wirkungen verstärken können.

Zu den konkreten Maßnahmen des Aktionsplans gehören u. a.

- berufliche Aus- und Weiterbildung,
- Informationen zur Aufklärung der Gesellschaft,
- weitere Unterstützung der Anwendung globaler Standards für die Unternehmensberichterstattung, die Prüfung ethischen Verhaltens und Qualitätsmanagement.

Die rechnungslegenden und wirtschaftsprüfenden Berufe werden weiterhin die politischen Entscheidungsträger mit hochwertigen, evidenzbasierten Informationen unterstützen. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen kann den Kampf gegen Korruption und Wirtschaftskriminalität auf globaler und nationaler Ebene stärken. (IDW Aktuell vom 7.9.2022)

IDW: Veröffentlichung zu nachhaltigkeitsbezogenen Offenlegungspflichten im Finanzsektor

Das IDW hat Fragen und Antworten zur EU-Offenlegungsverordnung veröffentlicht. Die Offenlegungsverordnung (VO (EU) 2019/2088) regelt bestimmte nachhaltigkeitsbezogene Offenlegungspflichten im Finanzdienstleistungssektor. Zudem verlangen Art. 5–7 VO (EU) 2020/852 (Taxonomie-VO) weitere nachhaltigkeitsbezogene Angaben in vorvertraglichen Informationen und regelmäßigen Berichten. Die Einhaltung dieser Anforderungen ist durch den Abschlussprüfer von betroffenen Kapitalverwaltungsgesellschaften, Investmentvermögen und Versicherungsunternehmen zu prüfen. Bei bestimmten Kreditinstituten und Wertpapierinstituten ist die WpHG-Prüfung betroffen. Das IDW hatte bereits 2021 den IDW-Praxishinweis 2/2021 veröffentlicht, in dem Hilfestel-

lungen und praktische Hinweise zur Prüfung der Einhaltung der Anforderungen nach der Offenlegungs- und Taxonomie-Verordnung gegeben werden. Die neuen IDW-FAQ umfassen Auffassungen des IDW zu ausgewählten Fragestellungen bei der Auslegung der einschlägigen Rechtsakte. Zudem werden weitere Hinweise zur Prüfung der Einhaltung der Anforderungen ergänzt. Dabei wurden auch Erkenntnisse aus erfolgten Erstprüfungen sowie den z. T. bereits laufenden Zweitprüfungen berücksichtigt. Sie sind im IDW Verlag erhältlich. (IDW Aktuell vom 6.9.2022)

Finanzierung

KfW: Finanzierungsklima der Unternehmen gegenüber Vorjahr leicht verbessert

Das Finanzierungsklima für die Unternehmen und Betriebe in Deutschland, d. h. der Zugang zu Krediten, hat sich im Frühjahr gegenüber dem vergangenen „Lockdown-Jahr“ etwas verbessert. 41 % der befragten Firmen beurteilten den Zugang zu Krediten als leicht (Vorjahr: 35 %); während rund 24 % die Aufnahme eines Kredits als schwierig einschätzten, was rund 2 % weniger sind als im Jahr zuvor. Trotz dieser leichten Aufhellung bleibt das Finanzierungsklima unter dem Niveau der Vorkrisenjahre. Je nach Wirtschaftszweig zeigen sich deutliche Unterschiede. Vor allem im Dienstleistungssektor und im Einzelhandel bleibt das Finanzierungsklima angespannt. So schätzten mehr als 40 % der befragten Dienstleistungsunternehmen den Kreditzugang als problematisch ein, weniger als 24 % empfanden ihn als leicht. Unternehmen des Einzelhandels, des Groß- und Außenhandels sowie des Verarbeitenden Gewer-